

FOTO: TOBIAS ARHELGER - FOTOLIA



LEHRERMANGEL UND UNTERRICHTSAUSFALL SIND ZWEI KERNPROBLEME DER HESSISCHEN SCHULPOLITIK. BEIDES WILL DIE LANDESREGIERUNG NICHT WAHRHABEN.

UNTERRICHTSAUSFALL NICHT LÄNGER ZU LEUGNEN

„Die Landesregierung leugnet den Unterrichtsausfall in Hessen und verstrickt sich ständig in Widersprüche“, kritisierte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Christoph Degen**. Einerseits erkläre die Landesregierung, keine Daten zu erheben, andererseits behaupte sie aber, dass kein Unterricht ausfalle. Nachvollziehbare Daten wie die der Landesschülerversammlung bestreite sie schlicht. „Minister Lorz muss sich endlich für eine Version entscheiden: Entweder es liegen Daten vor, die belegen, dass kein Unterricht ausfällt, oder es liegen keine Daten vor. Dann kann er seine steile Behauptung nicht belegen“, so Degen. „Der Unterrichtsausfall in Hessen ist Realität, auch wenn der Minister sie nicht



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

wahrhaben will.“ Unterricht zu erteilen, sei eine Kernaufgabe der Bundesländer und fast jedes Land erhebe auch dazu Daten. „Das ist kein Hexenwerk. Nur die hessische Landesregierung laviert herum und blendet die Realität aus. Diese Realitätsverweigerung ist nicht länger zu ertragen.“

Degen fordert die Landesregierung auf, dem Beispiel der Landesschülerversammlung zu folgen und Daten abzufragen und sich zu überlegen, wie Unterrichtsausfall eingedämmt werden könne. „Statt weiter die Schallplatte von der besten Lehrerrückmeldung aufzulegen und mit Ausreden der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, sollte die Landesregierung endlich ehrliche und echte Zahlen liefern.“

STRASSENBEITRÄGE ABSCHAFFEN

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag fordert die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei Städten und Gemeinden soll diesen eine Investitionszuschuss vom Land zur Verfügung gestellt werden.



Die von CDU, Grünen und FDP gemeinsam angekündigte Neuregelung, mit der die Verantwortung für die Gebühren vollständig auf die Kommunen verschoben wird, lehnte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion **Günter Rudolph** ab. „Das wird die Bürgerinnen und Bürger nicht entlasten. Die Ungerechtigkeiten für die Grundstückseigentümer können so nicht verhindert werden. Viele können die hohen Beiträge gar nicht oder nur mit sehr großer Mühe aufbringen.“ Die SPD stehe dazu, die Kommunen mit der Finanzierung ihrer kommunalen Infrastruktur nicht alleine zu lassen. „Bei einer Abschaffung der Straßenbeiträge, brauchen die Kommunen deshalb einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss.“



FOTO: THOMAS SÖLLNER - FOTOLIA

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

NEGATIVPREIS FÜR ÜBERWACHUNGSPÄNE

Die Verleihung des Big-Brother-Awards an Schwarz-Grün für die mit dem geplanten Verfassungsschutzgesetz verbundenen weitreichenden Überwachungspläne hat **Nancy Faeser** als berechtigt bezeichnet. Mit diesem Negativpreis bekomme Schwarz-Grün „die Quittung für die geplanten tiefgreifenden Eingriffe in die Grund- und Bürgerrechte. Mit Ermächtigungen zu Onlinedurchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwa-



FOTO: EV_KOROBOV - STOCK.ADOBE.COM

DEN VON SCHWARZ-GRÜN GEPLANTEN WEITREICHENDEN ZUGRIFF DES VERFASSUNGSSCHUTZES AUF PERSÖNLICHE DATEN KRITISIERT DIE OPPOSITION



FOTO: GERT-UWE MENDE

SCHARFE KRITIK AUCH AN INNENMINISTER PETER BEUTH ÜBTE NANCY FAESER

chung für den Verfassungsschutz, einem zu wenig kontrollierten Einsatz für Vertrauenspersonen und einer Erweiterung der Speicherung von Daten von Minderjährigen überschreiten die Regierungsfaktionen in Hessen eine Grenze.“ Faeser erinnerte an die vernichtende Kritik der Sachverständigen in der Anhörung.

KLARE HALTUNG GEGEN ANTISEMITISMUS

„Übergriffe an Schulen, verbale und körperliche Angriffe und nicht zuletzt die Echo-Verleihung haben leider abermals gezeigt, dass die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus von höchster Priorität

ist“, sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**. „Hessen tritt jeder Form von Menschenfeindlichkeit entgegen, egal ob ideologisch oder religiös begründet. Bis zu dem Tag, an dem in Deutschland besondere Sicherheitsvorkehrungen vor jüdischen Einrichtungen abgeschafft werden können, dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.“

ZUSAGEN BEI OPEL EINHALTEN

Die Solidarität mit den Beschäftigten bei Opel hat **Thorsten Schäfer-Gümbel** unterstrichen: „Viele Hoffnungen und Erwartungen haben sich mit der Übernahme von Opel durch den PSA-Konzern und dessen Zusagen verbunden. Ein gutes Jahr später will die Konzernleitung offensichtlich von allen diesen Zusagen nichts mehr wissen. Wir erwarten, dass PSA schlicht sein Wort hält.“ Die Konzernleitung müsse begreifen, dass in Deutschland der soziale



Kompromiss die Grundlage für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln sei. Opel brauche ein Geschäftsmodell, das der Marke, den Standorten und den Beschäftigten eine nachhaltige Zukunft über 2020 hinaus biete.

MEHR SICHERHEIT FÜR RADLER

Schwere Unfälle mit Radfahrern sollen so genannte Abbiegeassistenten für LKW verhindern. Sie schützen Fahrradfahrer im „toten Winkel“ von abbiegenden Lastern. „Wir begrüßen, dass sich neben Brandenburg auch Hessen dem Entschließungsantrag ‚Einführung des Abbiegeassistenten für Lkw‘ von Bremen und Berlin angeschlossen hat. Das ist gut und richtig“, sagte **Tobias Eckert**. Das zeige aber auch, dass Hessen im Bereich Sicherheit im Radverkehr nicht viel auf die Kette bekomme, wenn sich der Verkehrsminister nur anderen Bundesländern anschließe.



BLOCKADE AUFGEBEN

Die Uneinigkeit von Schwarz-Grün über ein Zuwanderungsgesetz hat **Corrado Di Benedetto** kritisiert.

„Die schwarz-grüne Koalition muss endlich den Weg für ein modernes Einwanderungsgesetz frei machen. Es ist an der Zeit, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre bisherige Blockadehaltung aufgibt und konstruktiv an diesem zukunftsweisenden Gesetz mitarbeitet, auf das unser Land so dringend angewiesen ist.“ In den nächsten zehn Jahren verliere Deutschland über sechs Millionen Erwerbstätige und sei daher auf die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland dringend angewiesen.



KLEINE BETRIEBE AUSGESCHLOSSEN

Die Benachteiligung kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe hat **Heinz Lotz** in der Debatte über die Änderung des Berufsstandmitwirkungsgesetzes kritisiert. „Kleinere und mittlere Betriebe haben keine Möglichkeit mehr, Ortslandwirtin oder -landwirt zu werden. Damit wird ein Großteil der hessischen Landwirte quasi von der Mitbestimmung ausgeschlossen“, sagte Heinz Lotz. Ebenfalls kritisierte er die Hektik der Gesetzesänderung. „Erst in letzter Minute ist der schlecht organisierten Landesregierung eingefallen, dass dieses Gesetz geändert werden muss.“



FOTO: MAPOLI-PHOTO - STOCK.ADOBE.COM

SPD FORDERT WEITER ECHTE GEBÜHRENBEFREIUNG

Halbe Sachen bei der Beitragsfreiheit für Kitas und null Qualitätsverbesserung - diese Punkte prägen aus Sicht der SPD-Fraktion das neue Kita-Gesetz von Schwarz-Grün, das mit den Stimmen der Koalition beschlossen worden ist. **Gerhard Merz** kündigte an, dass die SPD sich weiter für komplette Gebührenfreiheit, bessere Qualität und die Entlastung der Kommunen



einsetzen werde. Die SPD habe einen sehr viel besseren Gesetzentwurf vorgelegt, sagte Merz. „Unser Gesetz schafft die Beiträge in einem Stufenmodell komplett ab, für alle Betreuungszeiten, für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an und auch in der Tagespflege. Unser Gesetz verbessert erheblich die Qualität, indem Zuschläge für die Leitungstätigkeit, für die mittelbare pädagogische Arbeit, wie z.B. für Elterngespräche und für Vor- bzw. Nachbereitung, sowie ein auskömmlicher Zuschlag für

die Ausfallzeiten bei Urlaub und Krankheit vorgesehen sind. Unser Gesetz ist wesentlich unbürokratischer und entlastet die Kommunen deutlich. Am Ende trägt das Land dann zweit Drittel der Betriebskosten“, erklärte Merz. Die SPD habe für den Vorschlag, den Personalschlüssel deutlich zu erhöhen, viel Zustimmung der Fachleute erhalten, Dieser Aspekt bleibe bei Schwarz-Grün voll-

kommen auf der Strecke. Und auch die Gebührenreduzierung bleibe halbherzig. Betreuung über sechs Stunden koste weiterhin und für die Betreuung von Krippenkindern sei keine Entlastung vorgesehen. „Unser Gesetzentwurf bleibt auf der Tagesordnung: Man kann diesen Gesetzentwurf wählen und zwar am 28.Oktober 2018 bei der Landtagswahl und damit für wirkliche Gebührenfreiheit, für deutlich mehr Qualität und für eine einfache, aber verbesserte Landesförderung der Kitas stimmen.“

FOTO: GERT-UWE MENDE

BIENEN BESSER SCHÜTZEN



Dem bedrohlichen Insektensterben muss mit einem wirksamen Schutz der Artenvielfalt, dem Verbot besonders gefährlicher Pestizide und



einem systematischen Langzeitmonitoring begegnet werden, hat **Angelika Löber** gefordert. „Schwarz-grünes

Eigenlob hilft den Bienen hingegen nicht“, sagte die Abgeordnete.

Das Insektensterben habe sich insbesondere in den letzten zehn Jahren beschleunigt. Die Entwicklung müsse systematisch erfasst werden, um die notwendigen Daten zu erheben.

Ein Verbot besonders bienengiftiger Pestizide, der so genannten Neonicotinoide, sei überfällig. Schon in extrem geringen Nanogramm-Mengen schaden diese dem Orientierungssinn, dem Lernverhalten, der Fortpflanzung und dem Immunsystem von Wild- und Honigbienen.

Für einen wirksamen Schutz der Artenvielfalt sei zudem der Erhalt von Feldwegen und Wegrändern von großer Bedeutung. Sie böten Rückzugsräume und Nahrung für Insekten wie Schmetterlinge, Wildbienen und Käfer.



WILLKOMMEN ZUM GIRLSDAY

FOTO: GERT-UWE MENDE

MÄDCHEN FÜR POLITIK ZU BEGEISTERN - AUCH DARUM GEHT ES BEIM GIRLSDAY, AN DEM SICH DIE SPD-FRAKTION JEDES JAHR BETEILIGT. RUND 50 MÄDCHEN AUS ALLEN TEILEN HESSENS WAREN ZU GAST UND KONNTEN EINE PLENARSITZUNG DES HESSISCHEN LANDTAGS BESUCHEN. „NACH WIE VOR SIND FRAUEN IN DER POLITIK UNTERREPRÄSENTIERT“, SAGTE DIE FRAUENPOLITISCHE SPRECHERIN LISA GNADL. „WIR ALS SPD WOLLEN, DASS SICH DAS ÄNDERT.“

VIEL KONSENS BEI VERFASSUNG

Der Hessische Landtag hat in zweiter Lesung die Gesetzentwürfe zur Verfassungsreform beraten, über die mit der Landtagswahl am 28. Oktober abgestimmt wird. Dazu sagte der Obmann der SPD im Verfassungskonvent, **Norbert Schmitt**: „Mit der größten Änderung der Hessischen Verfassung seit 72 Jahren wird sichergestellt, dass sie für heutige und zukünftige Herausforderungen gewappnet ist.“ Insbesondere die Aufnahme



von Kinderrechten in die Verfassung, die Verankerung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Einrichtung eines Datenschutzgrundrechts seien sehr positiv zu bewerten.

Ein großer Wermutstropfen bleibe: „Unsere Vorstellungen zur kostenfreien Bildung von Anfang an sowie zum Verbot von Studiengebühren wurden leider nicht Teil des Konsenses.“ Die SPD wolle sicherstellen, dass Bildung von Anfang bis zum Meister oder Studienabschluss beitragsfrei sei.

„HESSENKASSE“ LÖST KEINE PROBLEME

Nachdem die CDU-geführte Landesregierung den hessischen Kommunen zwischen 2001 und 2015 zwei Milliarden Euro vorhalten hat, soll jetzt die so genannte „Hessenkasse“ die Kommunen entschulden helfen. Der Haken dabei: 73 Prozent der veranschlag-



ten 245 Millionen Euro zahlen die Kommunen selbst, nur 27 Prozent das Land, hat Torsten Warnecke kritisiert. Dabei sei für die Misere der Kommunalfinanzen die seit fast zwanzig Jahren CDU-geführte Landesregierung maßgeblich verantwortlich. „Allein das Kassenkreditvolumen hat sich seit 2005 verdoppelt.“

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion: Gert-Uwe Mende (verantwortlich), Gerfried Zlugabuck, Christoph Gehring, Martina Häusl-David, Valeska Fuhr